

Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Sankt Michaelisdonn

Nach Artikel 25 Abs. 3 Nr. 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland i. V. m. § 42 der Friedhofssatzung hat der Kirchengemeinderat der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Michaelisdonn in der Sitzung am 13.02.25 die nachstehende Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofs der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Michaelisdonn und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen des Friedhofsträgers werden Gebühren nach dieser Gebührensatzung erhoben.

§ 2 Gebührenschild

Zur Zahlung der Gebühren ist die Antragstellerin bzw. der Antragsteller und diejenige bzw. derjenige verpflichtet, in deren bzw. dessen Auftrag der Friedhof oder seine Einrichtungen benutzt werden. Sind mehrere Personen zahlungspflichtig, so haften sie als Gesamtschuldner.

§ 3 Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch schriftlichen Gebührenbescheid. Dieser wird der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner durch einfachen Brief bekannt gegeben.

(2) Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Erhalt des Gebührenbescheides fällig.

(3) Der Friedhofsträger kann – abgesehen von Nottfällen – die Benutzung des Friedhofs untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.

(4) Gebührenbescheide, die formularmäßig oder mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, sind ohne Unterschrift oder Namenswiedergabe gültig. § 119 Abs. 3 Satz 2 der Abgabenordnung gilt entsprechend.

(5) Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung in der jeweils geltenden Fassung, soweit durch Kirchengesetz nichts anderes bestimmt ist.

§ 4 Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 vom Hundert

des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch die Gebührenschuldnerin bzw. den Gebührenschuldner zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat die Vollstreckungsschuldnerin bzw. der Vollstreckungsschuldner zu tragen.

§ 5 Verjährung der Gebühren

Für die Festsetzungsverjährung der Gebühren gelten die §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung und für die Zahlungsverjährung der Gebühren die §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung entsprechend.

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten (Grabnutzungsgebühren einschließlich Friedhofsunterhaltungsgebühren) je Grabbreite

- | | |
|---|---------------|
| 1. Wahlgrabstätte für 30 Jahre | |
| a) für Särge - für 1 Breite | 1.845,00 Euro |
| - für jede weitere Breite | 1.154,00 Euro |
| b) für Särge in Rasenlage - für 1 Breite | 2.536,00 Euro |
| c) für Särge mit Gemeinschaftspflanzbeet
in Rasenlage - für 1 Breite | 3.054,00 Euro |
| 2. Urnenwahlgrabstätte für 20 Jahre | |
| a) für bis zu 2 Urnen | 2.192,00 Euro |
| b) für bis zu 2 Urnen mit Gemeinschaftspflanzbeet | 3.114,00 Euro |
| 3. Urnengemeinschaftsgrabstätte für 20 Jahre
- anonym - | 1.845,00 Euro |
| 4. Zusätzliche Beisetzung einer Urne auf einer bereits
belegten Grabstätte | 808,00 Euro |
| 5. Kindergrabfeld inkl. Beisetzung für 20 Jahre | 550,00 Euro |
| 6. Wiedererwerb und Verlängerung von Nutzungsrechten für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung wird der Jahresbetrag der Gebühren unter Nr. 1 und 2 berechnet. Dabei bleiben Teile eines Jahres bis zu sechs Monaten ohne Berechnung. Für Teile eines Jahres von mehr als sechs Monaten wird die volle Jahresgebühr erhoben. | |

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechts wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Verwaltungsgebühren

- | | |
|---|------------|
| 1. Für die Ausstellung einer Graburkunde
und Überlassung der Friedhofssatzung | 26,00 Euro |
| 2. Für die Umschreibung einer Graburkunde
auf den Namen anderer Berechtigter | 26,00 Euro |
| 3. Für die Entscheidung über Anträge auf Genehmigung zur Aufstellung | |
| a) eines stehenden Grabmals einschließlich
der Prüfung der Standfestigkeit | 78,00 Euro |
| b) eines liegenden Grabmals | 39,00 Euro |
| 4. Für die Entscheidung über Anträge
auf Zulassung einer oder
eines Gewerbetreibenden | 26,00 Euro |

III. Gebühren für die Bestattung

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde

- | | |
|-----------------------------|---------------|
| 1. Für eine Erdbestattung | |
| Särge bis 1,20 m | 212,00 Euro |
| Särge über 1,20 m | 501,00 Euro |
| 2. Für eine Urnenbeisetzung | 198,00 Euro |
| 3. Für eine Ausgrabung | |
| Sarg bis 1,20 m | 963,00 Euro |
| Sarg über 1,20 m | 1.482,00 Euro |
| Urne | 385,00 Euro |

IV. Sonstige Gebühren

- | | |
|--|-------------|
| 1. Benutzung des Ruheraumes pro Tag | 78,00 Euro |
| 2. Benutzung der Trauerhalle
je Trauerfeier | 263,00 Euro |
| wird für Mitglieder der Ev.-Luth. Kirche von der Kirchengemeinde getragen | |
| 3. Benutzung der Kirche
je Trauerfeier | 263,00 Euro |
| wird für Mitglieder der Ev.-Luth. Kirche von der Kirchengemeinde getragen | |
| 4. Zusätzliche Bronzetafel für die zweite
Beisetzung auf einer Urnenwahlgrabstätte
in Rasenlage mit Gemeinschaftsstein | 486,00 Euro |

§ 7
Zusätzliche Leistungen

Für besondere zusätzliche Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Friedhofsträger die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.

§ 8
Schlussbestimmungen

Diese Friedhofsgebührensatzung tritt am Tage nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsgebührensatzung vom 01.07.2018 außer Kraft.

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird hiermit ausgefertigt. Sie wurde durch den Bescheid des Kirchenkreisrates des Ev.-Luth. Kirchenkreises Dithmarschen vom 09.04.2025 kirchenaufsichtlich genehmigt.

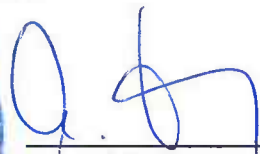
St. Michaelisdonn, den 01.04.25

Ev.-Luth. Kirchengemeinde Sankt Michaelisdonn
- Der Kirchengemeinderat -



Vorsitzende/r





Mitglied